

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 2284.
Für die Nachdrucke: 2091.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Zustellung monatl. 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M., durch d. Post bei tagl. zweimal. Versand monatl. 4 M., vierteljährlich 12 M.
Die 10spaltige 27 mm breite Zeile 1,50 M. und Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsanzeigen, 10spaltige 27 mm und 20spaltige 25 mm. Bezugsgebühren laut Tarif. Sonstige Aufträge geg. Bezahlung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 15 Pf.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle
Mariehofstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Meyers & Neuberger in Dresden.
Postfach-Nr. 10 395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Ein neuer Konflikt zwischen den Alliierten.

Die Türkei als Zankapfel.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Paris, 26. April. Die Rückkehr des französischen Generals Franchet Desperay aus Konstantinopel findet ihre Ursache in den fortwährenden Schwierigkeiten unter den alliierten Kommandanten. Obwohl der französische General zum Oberbefehlshaber der alliierten Truppen im Orient bestimmt war, ist es ihm bisher nicht möglich gewesen, seine Pläne durchzuführen, weil diese mit Englands Interessen im Widerspruch standen. Von englischer Seite ist denn auch alles geschehen, um die Stellung des französischen Oberkommandos unhaltbar zu machen. Es besteht ein offenes Bündnis zwischen England und Griechenland, dessen Ziel es ist, das türkische Reich vollständig aufzulösen. Das Gebiet, das den Türken in Zukunft verbleiben soll, beschränkt sich fast ausschließlich auf Anatolien. Die monatlang von englischer Seite abgegebenen Erklärungen, wonach eine Auflösung der Türkei nicht beabsichtigt sei, waren lauter Heucheleien. Dem französischen General war es bereits in den ersten Wochen seiner Anwesenheit in Konstantinopel klar, was England mit der Türkei vor hatte, und er berichtete damals nach Paris, daß es seine Aufgabe nicht sein könne, an diesem Ziel mitzuarbeiten. Die französische Regierung stimmte den Ausführungen des französischen Generals Franchet Desperay voll und ganz zu und erklärte, daß sie ihre Unterstützung über die Zukunft der Türkei nicht ändern werde.

Es liegen auch sichere Beweise dafür vor, daß die unter den Arabern gegen Frankreich entstandene feindliche Politik mit englischer Hilfe erst vorbereitet ist. Während der letzten Wochen trat der englische General Milne in Konstantinopel mit seinem Begleitstab so offen hervor, daß der französische Oberkommandierende sich veranlaßt sah, in mehreren Stenogrammen mit den alliierten Vertretern auf die unhaltbaren Zustände hinzuweisen, die durch die englische Politik und deren Folgen hervorgerufen würden. Die Griechen sind die Vasallen Englands geworden, deren sich England zur Ausführung seiner politischen Maßnahmen in der Türkei überläßt. Italien und Frankreich haben dem englischen Programm ängstlich abgelehnt.

Die Resultate von Englands Vorgehen sind in den letzten Tagen in Konstantinopel deutlich in die Erscheinung getreten. Eine türkische Regierung besteht nicht mehr in Konstantinopel. In Athen ist die Nationalversammlung auf die Wahrung der türkischen Nationalität auf sich und hat bereits eine neue Regierung mit einem Vertreter des Sultan gebildet. In der mohammedanischen Welt besteht es ausschließlich, daß England den Sultan in Konstantinopel abgesetzt habe und gefangen halte. Wie ein Vorkämpfer hat sich die Nachricht im ganzen Orient, Asien, Afrika und Indien verbreitet. Alle Vorkämpfer haben in London nichts gemerkt, doch muß Frankreich es ablehnen, die Verantwortung für die schmerzlichen Folgen, die dadurch entstehen, zu übernehmen.

General Franchet Desperay beschloß deshalb nach Paris zurückzuführen und wird zweifellos den Oberbefehl niedersetzen. Man bezweifelt in Regierungskreisen, daß die Konferenz in San Remo England von der türkischen Politik gegenüber der Türkei abbringen werde. Trotzdem wird von der französischen Regierung verlangt, daß sie sich nicht aus der türkischen Angelegenheit zurückzieht, um England sich selbst zu überlassen, weil dadurch die Schwierigkeiten für Frankreich noch größer würden. Auch Milner scheint entschlossen zu sein, gegenüber England Frankreichs Forderungen mit Gewalt durchzusetzen, und aus zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß Frankreich aus moralischen Interessen in dieser Frage seitens der Vereinigten Staaten Unterstützung erhält. Obwohl sich Amerika offiziell nicht mit der türkischen Angelegenheit befassen kann und will, wird es aber doch alles unternehmen, um den englischen Imperialismus in der Türkei zu vernichten. Da bereits Frankreich, Italien, Belgien, Amerika und Japan gemeinsame Interessen in dieser Angelegenheit besitzen, so besteht die Hoffnung, daß England das türkische Abenteuer nicht zu seinem Vorteil abschließen kann.

Von der Marinebrigade Ehrhardt.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Berlin, 26. April. Nach Meldungen aus dem Marine-Lager hat die Marinebrigade Ehrhardt in der Sitzung ihrer Vertrauensleute am Sonnabend beschlossen, die geforderte Entwaffnung der Brigade von der vorherigen Aufhebung der Haftbefehle gegen ihren Kommandeur abhängig zu machen. Die Brigade hat in Rommandeur abhängig zu machen. Die Brigade hat in Rommandeur abhängig zu machen. Die Brigade hat in Rommandeur abhängig zu machen.

Die Frage der Entwaffnung Deutschlands.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Rotterdam, 26. April. „Daily Mail“ meldet: Der Kriegsminister Churchill ist auf dringendes Ersuchen Lord Georges am Donnerstag nach San Remo gereist, um an den Beratungen über die Entwaffnung Deutschlands teilzunehmen. — Die „Times“ meldet aus San Remo: Für den französischen Vermittlungsvorschlag, als Pfand mehrere Teile der neutralen Zone bzw. die gesamte neutrale Zone zu begeben, scheint sich eine Mehrheit anzubahnen.

Berlin, 26. April. Aus San Remo wird der „Voss. Zig.“ gemeldet, daß in einer gestern vormittag abgehaltenen Privatunterredung zwischen Lord George und Milner nach dreistündiger Beratung folgende Richtlinien vereinbart worden sind: 1. Die Verbündeten werden mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Entwaffnung Deutschlands entsprechend den Forderungen des Vertrages von Versailles dringen. 2. Das Erbe Deutschlands am Erbbau eines Vertriebslandes auf 200.000 Mann wird ebenso wie die von Deutschland geforderte schwere Artillerie und die Munition abgelehnt. 3. Deutschland erhält die Ermächtigung zu einer Verkleinerung seiner Polizeitruppe. Die Grenze behält sich jedoch das Recht einer unabhängigen Kontrolle über die Tätigkeit und die Befehlsgeber der deutschen Polizeitruppen vor. 4. Deutschland erhält Vorläufe in Gestalt von Geld und Rohstoffen, um seine Industrie in Gang zu setzen und so seine weltweiten Verpflichtungen erfüllen zu können.

Die Räumung der neutralen Zone.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Berlin, 26. April. Nach Auffassung der Berliner Neberwachungskommission ist durch die deutsche Note über die Räumung der neutralen Zone des Ruhrreviers die Erfüllung der Forderungen der Alliierten noch nicht bewiesen worden. In dem jetzt erreichten Stande der deutschen Besetzung des Ruhrgebietes seien die bewaffneten Einwohnerviertel und die bewaffneten Sicherheitsformationen von Deutschland nicht mitgerechnet worden. Die neutrale Zone sei demnach noch nicht als von Deutschland geräumt anzusehen.

Rotterdam, 26. April. „Daily News“ meldet: Die zum Teil sehr optimistischen Berichte der Londoner Mäurer aus San Remo lassen irrtümliche Hoffnungen auf eine Milderung des Vertrags gegen Deutschland aufkommen. In den offiziellen Kreisen der Alliierten sind die Erwartungen keine verheißungsvollen. Wahrscheinlich wird in San Remo in der Form wieder England, in der Praxis aber Frankreich die Initiative führen. Der französische Antrag, das gesamte Ruhrrevier durch die Alliierten bei einer nochmaligen Wiederholung der Vertragsverletzung durch Deutschland zu besetzen, wird Deutschland kaum eripart bleiben.

Rotterdam, 26. April. Der Brüsseler „Eclair“ meldet, daß Belgien auf der Konferenz in San Remo den französischen Antrag auf Besetzung des Ruhrgebietes unterläßt. Belgien würde bei Annahme des Antrages Düsseldorf und Duisburg zu besetzen haben.

Stuttgart, 26. April. Zur Durchführung der Entwaffnung im Ruhrgebiet sind württembergische Reichswehrverbände in Herbolzheim und Umgebung einmarschiert. Im Ruhrgebiet sind verschiedene Ort ebenfalls von Württembergern besetzt. Bannische und preussische Truppen sind mit der Entwaffnung der Bevölkerung in Hamm, Bielefeld, Dortmund und Umgebung beauftragt. Die bannische Fliegerabteilung wird nach Schleißheim, die württembergische nach Böblingen abtransportiert.

Die antibritische Bewegung in Indien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Kairo, 26. April. Aus verschiedenen Meldungen aus Britisch-Indien wie aus Bombay geht hervor, daß die antibritische Bewegung sich in letzter Zeit weit verbreitet hat und besonders bei den Arbeitern Anklang findet. Dazu ist die gemeinsame Agitation der Mohammedaner und Hindus getreten, um den Konflikt englischer Waren in Indien durchzuführen als Protest gegen Englands Vorgehen in der Türkei. Die Mohammedaner verbreiten überall Aufrufe, daß der Kalif von Konstantinopel von den Engländern gefangen gehalten werde. Der englische Vizekönig will die Nachricht dementieren, was aber auf die Mohammedaner ohne Wirkung ist. Die Mohammedaner suchen die Bewegung unter der Arbeiterschaft, die mehr radikal-sozialistischen Charakter trägt, für ihre Zwecke fest anzunehmen, und es ist nicht abzusehen, in wie weit sie mit diesem Vorgehen Erfolg haben werden.

Befälligung der japanischen Kriegserklärung.

Mailand, 26. April. Die japanische Botschaft in Rom hat die Nachricht des „Avanti“ von einem vorläufigen japanischer Truppen im asiatischen Rußland bekräftigt. Der „Avanti“ fordert das gesamte Proletariat Italiens zu einem Protest gegen den drohenden neuen Krieg auf, der nach seiner Ansicht nicht von Japan allein, sondern von allen Verbündeten beschlossen worden ist.

Streiknararchie in Oesterreich.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)
Wien, 26. April. Mit einer fürchterlichen Konjunktur geht in Oesterreich die soziale Bewegung in Anarchie über. Eine in ihrer Ausdehnung und Heftigkeit noch nie dagewesene Streikwelle geht über das unglückliche Land. Jenseit der Eisenbahnerstreik, dann der Industriestreik; daneben noch eine Anzahl von kleineren Ausständen, angefangen von den Arbeitern bis zu den Konstruktoren. Jeder Streik mündet in einer Vorkamerhebung aus, und man kann sich des Eindringens nicht erwehren, daß eine in ihrer Volkswirtschaft fast passive Bevölkerung einen verzweifeltsten Entscheidungskampf um die letzten Reste ihres Vermögens führt.

Die Regierung, die sich ihrer Ohnmacht vollkommen bewußt ist, mag unnützlich zusehen. Sie hat keine Gewalt, da die „Volkswacht“, sobald sie zur Intervention gerufen ist, mit den Ausständigen und Putschern alsbald gemeinsame Sache macht. Charakteristisch ist, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften den Kontakt mit der großen Masse vollkommen verloren haben. Der Organisationsgedanke scheint überhaupt erloschen zu sein; jeder arbeitet nur für sich, jeder Stand, jede Gruppe, jede Person. Eine Veräußerung einer Staatsgewalt scheint nur dort zu verfehlen zu sein, wo es sich um die Wahrung der Interessen der „Proletenklasse“ gegenüber dem Bürgerstand handelt. Was die Sozialisten aller Länder stets als das unverzichtbare Mittel der Staatsgewalt gegenüber Ausständigen hingehalten haben, die Militarisierung der betreffenden Betriebe, dies ist in Oesterreich nunmehr ins Gegenteil verkehrt worden: Hier haben bewaffnete Arbeiterverbände die Macht und die Gewalt, die die Ausständigen mit Bruchialgewalt vertrieben. Da sich diese zum größten Teil aus Kommunisten zusammensetzen, so erweist diese der seit einigen Monaten bestehende Versäufelung zwischen Sozialisten und Kommunisten erhebliche Nachteile auf Eisenbahnen, Brandstiftungen an Fabriken und Wohnstätten — darunter an der großen Diersenberger Maschinenfabrik — ergeben sich als weitere Folge. Und nicht zu übersehen ist, daß nunmehr auch das Ausland, von dessen Gnadengabe in Oesterreich größtenteils lebt, ruhmig werden muß, wenn es diese Zustände dementiert.

Nicht minder verhängnisvoll wie der Eisenbahnerstreik wirkt der Industriestreik. 60.000 Angestellte sind daran beteiligt; sie verlangen für ihre Entlohnung einen Mehrbetrug von 2½ Milliarden. Den Kurzauf in diesen Forderungen gab die hohe Exportkonjunktur der österreichischen Industrie, die aber bereits im Abwärtstrend begriffen ist. Der Industriestreik mündet nicht nur die Konjunktur vollkommen untergraben, sondern auch die einzige Möglichkeit der Wirtschaft, sich Lebensmittel aus dem Ausland zu verschaffen, zu nichte machen.

Der Wind ist, wird kaum ernten. Dieses Wahnmotiv gilt auch für die sozialdemokratische Partei. Oesterreich wird vielleicht das erste Land sein, in dem sich der sozialdemokratische Regierungslars ad absurdum geführt haben wird. In den letzten Tagen ist zu wiederholten Malen das Gerücht aufgetaucht, die Sozialdemokraten würden aus der Regierung auscheiden, ein Gerücht, das momentan noch etwas verfrüht erscheint — die Reaktion dürfte noch bis zum Frühjahr, bis zum Zeitpunkt der Neuwahlen, andauern. Dann aber wird wohl eine radikale Aenderung des Systems in Oesterreich Platz greifen.

San Remo.

San Remo, 26. April. Der Oberste Rat hielt am Sonntag zwei Sitzungen ab. Nach einer weiteren Sitzung am Montag wird die Konferenz vertagt werden. (S. T. B.)

Genf, 26. April. Wie die „Times“ meldet, hat die Konferenz in San Remo für den Fall weiterer militärischer Maßnahmen zur Durchführung des Versailles Vertrags das Mandat aus dieses Mal Frankreich übertragen. Die Konferenz sprach Marichon noch ihren Dank für den erhaltene Bericht aus.

Dr. v. Berg über die politische Lage.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 26. April. Auf der Tagung der Liga zum Schutze der deutschen Kultur, die sich die politische und wirtschaftspolitische Aufklärung auf neutralem Boden zum Ziele gesetzt hat, eröffnete der Leiter der Centrale Dr. v. Berg ein mehrstündiges Referat über die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Rolle und der Tendenzen Rußlands der Welt gegenüber. Er teilte dabei u. a. mit, der Vertreter Rußlands in Berlin Dr. Kopy habe erklärt, daß keinerlei Gewähr dafür bestehe, daß Rußland bis zum 1. Oktober d. J. größere Getreidemengen an Deutschland liefern könne. An der Hand weiterer Einzelheiten legte der Redner dar, daß Handelsmöglichkeiten mit Rußland zurzeit für uns nur von ganz geringer Bedeutung sein könnten. Um so mehr sei Sowjet-Rußland beizubehalten, die Weltrevolution mit allen Mitteln durchzuführen. Rußland wäre schädlich auf den Umkehr in Deutschland, und Rußland tut alles, um diesen Umkehr noch Kräfte zu verschleppen.